

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Preis pro Jahr monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. V., Halle, Postfach 11.

Abbestellungspreis: 13 Halbjährlich 1. d. Millimeter 5556 u. Spalte; 10 Halbjährlich 1. Millimeter im Textteil. Bestellungen zu richten nach Halle, Postfach 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Fernschreiber: Klassenkampf Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfach 1068/43 Post-Konto, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 7. April 1926

6. Jahrgang * Nr. 81

SPD.-Führung lehnt gemeinsame Maidemonstration ab

Arbeiter der SPD. und KPD., nun erst recht gemeinsame Demonstrationen unter roten Fahnen!

Gestern haben in Halle, im Gewerkschaftshaus, auf Grund des Briefes der KPD. an SPD. und Gewerkschafts-funktionäre Verhandlungen über einen gemeinsamen Aufmarsch zum 1. Mai stattgefunden. Anwesend waren die Delegierten der SPD. und KPD. Die SPD.-Führung lehnte die gemeinsame Maidemonstration ab, abgesehen davon, dass eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten und überhaupt zu den Verhandlungen zu erscheinen. Arbeitersekretär Zerschlaucht, zugleich 2. Vorsitzender der SPD., erklärte nach den Ausführungen der KPD.-Vertreter, daß er über die Haltung der SPD. nichts sagen könne. Die KPD.-Vertreter verweisen auf die für Donnerstag angelegte Artikel-Führung, die über die Gestaltung der Maidemonstration besprechen und sich um einen geschlossenen Aufmarsch der halleschen Arbeitererschaft bemühen werde.

Genau so wie bei der Frage des Volksbrotens versuchen die SPD.-Funktionäre, die zum Kampf gegen die Reaktion notwendige Einheitsfront der Arbeiterklasse zu verhindern. Auch die Vertreter im halleschen Gewerkschaftsrat, die zugleich dem Vorstand der SPD. Halle angehören, arbeiten nur im Auftrag ihrer Parteiführer. Die Willen der Arbeiterklasse sind dabei nicht.

Es liegt ganz in der Linie dieser Rollenverteilung, wenn das „Volksblatt“ von gestern, nur um die am selben Tage stattfindende Sitzung und Beratung über die gemeinsame Maidemonstration zu unterrichten, seine sattem bekannte Kommunistenfrage auf mehreren Spalten aufzieht. Alles mögliche muß dazu herhalten, um gegen die sich anbahnende Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter loszuschießen. Lenin, Dimitz, Sinowjew und andere werden wieder einmal als Kronzeugen angeführt. Natürlich ist nicht die Volk, die Wahrheit und das Recht, sondern die Wahrheit des bolschewistischen Kirchenpaters Lenin. Am ausgiebigsten aber wird — Juan Rog zitiert, der sich überhaupt zu der Diebstahlsfigur der SPD. entwickelt hat.

Es sind vorwiegend zwei Argumente, die das „Volksblatt“ glaubt anwenden zu müssen, um die Verhandlungen über gemeinsame Demonstrationen zu fähren. Erstens heißt es die Dinge so dar, als wenn die KPD. ja doch schon längst im Sterben liegt, so daß es kaum noch lohnt, mit diesem Schlingensiefel zusammen zu demontieren; zweitens wird, ohne auch nur den Schattenschein eines Beweises anzuführen, von Reinen über ein angebliches Bündnis der Kommunisten mit den deutschnationalen hergezogen. Schon an dem Ausmaß der Dummheit und Borniertheit dieser „Argumente“ erweist man ganz deutlich, daß es den „Volksblatt“-Redakteuren nur darauf ankommt, mit allen irgendwie erreichbaren Mitteln die von ihnen so gefährlichen gemeinsamen Demonstrationen zu verhindern.

Glücklicherweise ist aber das Schicksal der gemeinsamen Maidemonstrationen nicht in den Händen der SPD.-Funktionäre.

Die 23 Rechten bleiben in der SPD.

Aber der Herauswurf sozialdemokratischer Aufständ-Delegierter geht weiter

Am vorigen Donnerstag veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Erklärung, daß die 23 Rechten in Sachen nicht nach dem Paragraphen 28 des sozialdemokratischen Parteistatuts aus der Partei ausgeschlossen werden könnten. Einen Tag später, am Freitag, las man im „Vorwärts“ folgende Meldung:

„Ausfluß aus der Partei. Das bisherige Mitglied Hermann Wähler in Berlin wurde auf Grund des § 28 Abs. 3 mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Wähler hatte an der Reichsdelegation teilgenommen und später in den von der KPD. in Berlin veranstalteten Versammlungen Bericht über seine Reise erstattet. Trotzdem er in einer öffentlichen Erklärung im „Vorwärts“ sich verpflichtete, die öffentliche Berichterstattung einzustellen, da er erkannt habe, daß die KPD. die Delegation und damit auch die Berichterstattung für ihre Zwecke ausnutze, hat er diese seine Berichterstattungsstätigkeit fortgesetzt.“

Wenn ein einfacher sozialdemokratischer Arbeiter die Nachrede über Sowjet-Rußland berichtet, wirkt er gegen die sozialdemokratische Partei und wird mit sofortiger Wirkung vom Parteivorstand ausgeschlossen. Wenn aber 23 Abgeordnete und Minister jahrelang die Interessen des Proletariats mit Füßen treten, der Reaktion offen Zutritt verleiht

demonstrationen denn doch nicht abhängig vom „Volksblatt“, und auch nicht abhängig allein von den sozialdemokratischen Vertretern im Gewerkschaftsrat Halle. Wie in der Frage des Volksbrotens die sozialdemokratischen Arbeiter auf die Forderungen einen solchen Druck ausgeübt haben, daß diese sich schließlich gezwungen sahen, bereit zu erklären, müßten, den Volksentscheid mitzumachen, so haben auch jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht das letzte Wort gesprochen. Das „Volksblatt“ irrt sich, wenn es glaubt durch allerhand Märgeln das Bestreben der Arbeiter nach gemeinsamen Demonstrationen am 1. Mai erstören zu können.

Die am morgigen Donnerstag stattfindende Sitzung des neu gewählten Ortsrats in Halle wird zeigen, daß schon in dieser Körperlichkeit ganz anders der Wille der Arbeitererschaft zu gemeinsamen Demonstrationen zum Ausdruck kommt, besonders wenn die organisierten Kollegen in allen Verbänden, in allen Betrieben sofort zu dem geschlossenen Aufmarsch der Arbeitererschaft am 1. Mai Stellung nehmen und die Befolgung ihrer Wünsche zum Ziel setzen verlangen.

Das wichtigste aber ist, daß darüber hinaus in den breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter der Einheitswille sich Bahn bricht. Je mehr die Spalten oben fortgeren, desto mehr werden die kommunistischen Arbeiter in sachlicher Form ihre sozialdemokratischen Kollegen über den Sinn und Zweck dieser Schritte aufklären und sie für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen suchen. Je mehr die sozialdemokratischen Parteifunktionäre es unternehmen, Dämme zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu errichten, desto früher werden die Kommunisten die einheitliche Front organisieren, in dem Bewußtsein, daß sie im Interesse des gesamten Proletariats handeln.

Wenn die Klasseninteressen des Proletariats am Herzen liegen, wer wirklich eifrig bestrebt ist, endlich eine kampfsfähige Einheitsfront des gesamten Proletariats zu schaffen, der kann nur dafür eintreten, daß am diesjährigen 1. Mai nicht nur in Halle, sondern im ganzen Bezirk Massenemonstrationen einer einzigen Arbeiterklasse unter roten Fahnen stattfinden.

Sozialdemokratische Arbeiter für gemeinsame Maidemonstration

Das Vorbild von Freiredo-Rafesfeld

Wie uns mitgeteilt wird, haben sich sämtliche proletarischen Vereine von Freiredo-Rafesfeld im Kreise des hiesigen Landratsvereins am 1. Mai eine wuchtige gemeinsame Demonstration aller Arbeiter bereitzustellen. Auch die sozialdemokratische Partei hat sich diesem gemeinsamen Vorhaben angeschlossen. Anders als die sozialdemokratischen Funktionäre drängen die sozialdemokratischen Arbeiter auf gemeinsame Demonstrationen, weil sie wissen, daß sie dazu beitragen, die Kampfkraft des gesamten Proletariats zu stärken.

leiten und sich hohnlachend über Parteibeschlüsse hinwegsetzen, dann wirken diese Abgeordneten und Minister nicht gegen die sozialdemokratische Partei und können demzufolge nicht ausgeschlossen werden. Gibt es ein besseres und klareres Beispiel für den reaktionären Charakter der SPD. als Organisation ist dieses?

Demonstration vor dem Kottbusser Gefängnis

Hungerstreik der politischen Gefangenen

(Eig. Draht.) Kottbus, 7. April.

Am Donnerstag veranstaltete hier der Rote Frontkämpfer-Bund eine Demonstration, deren Teilnehmer beim Vorübergehen am Kottbusser Gefängnis in Schreien auf die politischen Gefangenen ausbrachen und die Internationale anstimmten. Zur gleichen Zeit besetzten sich die politischen Gefangenen gerade auf dem täglichen Hofspaziergang. Sie stimmten die Internationale an und brachten Schreie auf die kommunistische Partei und Sowjet-Rußland aus. Daraufhin ließ der Strafanstaltsdirektor den Spaziergang sofort abbrechen und die Gefangenen in ihre Zellen transportieren. Der Direktor bezeichnete das Verhalten der Gefangenen unverschämterweise als „Meuterei“. Alle Verhandlungen wurden den politischen Gefangenen entzogen. Verschiedenen Genossen wurde der gesundheitliche Zustand ihrer Frauen verweigert. Daraufhin traten die politischen Gefangenen geschlossen in den Hungerstreik, um gegen diese Maßnahme zu protestieren.

Der imperialistische Angriff auf China

Von Karl Kadel

In den Kampf der Volksarmeen gegen Tschangschin haben sich von neuem imperialistische Kräfte eingemischt. Während der Sieg Tschangschins über Kuangschin in der Mandchurien das Ergebnis der Hilfe war, die Tschangschin durch die japanische Einmischung erwiesen worden war, haben sich jetzt bei dem erneuten Kampfe, der sich zwischen den Heeren Tschangschins und den Volksarmeen bei Tientsin abspielt, alle imperialistischen Mächte eingemischt. Tschangschin bemüht sich, eine Landung im Süden der Boree vorzunehmen, um die Tschangschin zu unterstützen. Es versteht sich von selbst, daß die Volksarmeen dies verhindern wollen, indem sie auf die Transporte mit Soldaten Tschangschins das Feuer eröffnen. Es versteht sich von selbst, daß sie zugleich genötigt sind, danach zu trachten, allen Schiffen die Einfahrt nach Tientsin zu verwehren; denn man kann in einer Zeit des Kampfes nicht entscheiden, auf welchem Schiffe sich Soldaten von Tschangschin befinden.

Die imperialistischen Mächte haben dagegen protestiert, indem sie sich auf das Boykottprotokoll des Jahres 1900 bezogen, das China verpflichtet, ihnen freie Einfahrt nach Tientsin zu gewähren und ihnen die Verbindung mit Peking zu sichern. Die Note der imperialistischen Staaten mit Drohungen einer besetzten Internation, falls Tschangschin nicht auf Schutzmaßnahmen Bescheid leistet, ist eine unmittelbare Unterfütterung Tschangschins; denn es ist klar, daß die Volksarmeen, die auch gegen die Truppen Tschangschins, die von Norden her angreifen, und gegen die Truppen des Agenten Tschangschins, des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Schantung, die von Süden her angreifen, Kampf führen, dem Eingreifen von Streitkräften Tschangschins im Süden in eine katastrophale Lage geraten würden.

Die Note der Verbündeten bezeichnet einen diplomatischen Sieg des britischen Imperialismus. In seinem Schreiben zur „Herstellung der Ordnung in China“ begreift der britische Imperialismus zwei Hauptzwecksetzungen. Das erste ist die Forderung, daß dem britischen Imperialismus der Einfluß sehr sicher wird, sich mit eigenen Kräften im Kampfe in China zu binden. Das zweite besteht in der Forderung diplomatischer Isolierung. Das erste Hindernis versucht der britische Imperialismus dadurch zu überwinden, daß er die gegenrevolutionären Kräfte von China leicht unterstüzt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß Tschangschin wie Wapetu jetzt die Unterstützung Großbritanniens genießen; es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß zwischen ihnen, Großbritannien und Japan eine Vereinbarung abgeschlossen ist, die es im Falle eines Sieges über die Volksarmeen Tschangschins gestattet, die Unabhängigkeit Chinas zu verhindern, wobei Nord- und Mittelchina unter der Leitung Wapetus vereinigt werden würde. Dies würde das Einverständnis Großbritanniens zur tatsächlichen Selbstregierung der Mandchurien durch Japan bedeuten, gebot durch die Herrschaft Tschangschins, während in Nord- und Mittelchina Wapetu sowohl die Interessen Großbritanniens als auch Japans zu wahren hätte.

Was die Unmöglichkeit isolierter Handlungen Großbritanniens betrifft, so ist es sehr leicht bei dem letzten Konflikt um Kantsu n hervorzugetreten. Großbritanniens hätte den Boden landiert, ob andere Mächte Handlungen zustimmen würden, die einen besetzten Gebietes gegen die Regierung von Kanton zum Ziele haben. Da aber diese Handlungen vor allem eine langandauernde Blockade Kantons erheischen, was die Schiffahrt und den Handel Japans und der Vereinigten Staaten beträchtlichen Schaden zugefügt hätte, so zeigten weder Japan noch die Vereinigten Staaten einen starken Wunsch, Großbritanniens zu unterstützen.

Die letzte Note trägt aber auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Agentur „Associated Press“ teilt mit, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich geneigt sind, sich einzumengen — wenn es die Lage erheische, auch mit bewaffneter Gewalt. Eine derartige Einmischung der Vereinigten Staaten würde eine Annäherung der amerikanischen Politik an die britische, und letzten Endes auch an die japanische bedeuten. Der als amerikanischer Sachverständiger in Angelegenheiten des Fernen Ostens bekannte Redakteur der „China Weekly Review“ und Chinakorrespondent der „New Yorker Times“ schreibt die sich bemerkbar machende Annäherung der Vereinigten Staaten an die imperialistische Intervention dem Einfluß der britischen amerikanischen Industrie- und Handelskreise zu, die, durch die Ereignisse von Schanghai infiziert, die ganze Zeit auf Washington einen Druck ausübten, um die schärfsten Maßnahmen gegen die revolutionären Kräfte Chinas gefordert haben. Dieser ausgesprochene Kern der Verhältnisse Chinas, das amerikanische Regierung, vor einem solchen Vorhaben, da eine derartige Einmischung einen Ausbruch des Hölles gegen die „Ausländer“, in der Tat gegen die Vertreter der imperialistischen Mächte, hervorrufen würde.

Wir sind überzeugt davon, daß der amerikanische Sachverständige im Rechte ist. Großbritanniens hat dabei nichts zu verlieren. Es erscheint den Volksmassen Chinas als ein Feind. Aber die Vereinigten Staaten haben gerade dann dem Umfange, daß sie eine ausgesprochen imperialistische Politik vermeiden, beträchtliche Sympathien genießen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen ihren moralischen Einfluß in China um der Interessen einiger tausender durch die Revolution erschütterter Aktien wissen anfs Spiel. Dadurch, daß die Vereinigten Staaten dies tun, spielen sie dem japanischen Imperialismus in die Hand. Es ist zu erwarten, daß die amerikanischen Kreise, die unter der Führung des Senators Borah zur Zeit der Ereignisse von Schanghai auf das tatkräftigste

Der „täglichste Sonntag“, der „Kochbesessene Schmirch“ und die gottgergebene „Leipziger Volkszeitung“

Auch in der außerordentlichen Presse ist die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über das Verhalten der 23 Rechten überaus stark. Dies kommt, besonders zum Ausdruck in einem von den wenigen Tagen in der „täglichsten“, „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikel, dem wir nach der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Stütze entnehmen:

„Während bei früheren beratigen Anträgen die Deutschnationalen für die Auflösung des Landtages stimmten, haben diesmal alle bürgerlichen Parteien gegen die Auflösung votiert. Dieser eigenartigen Geselligkeit schlossen sich die Sozialdemokraten des Sachlichen Landtages an und stimmten ebenfalls gegen die Auflösung und damit gegen ihre eigenen, von ihnen als verbindlich auf der Landversammlung im Januar d. J. eingegangenen Abmachungen.“

Die Namen dieser würdigen Patrioten sind: Reiske, Frau Büttner, Dreißler, Günther, Hecht, Kühn, Langguth, Müller (Grenzau), Müller (Leipzig), Schenkler, Sönich, Schürig, Strauß, Wintler.

Weitere acht, die geistliche und moralische Anhängel dieser 14 sind, kriegen es mit der Angst zu tun und drücken sich, drei davon waren überhaupt nicht da, fünf weitere blieben bloß der Zustimmung über den Auflösungsantrag fern.

Zum schändlichsten Beschandnis der 23 ist folgendes unerlässliches Zeugnis für ihre bösen Gesinnung, die vom Landtagspräsidenten selbst und die beiden Müller sind Müller, Schürig, der Vorsitzende einer der Hauptdeputation (Auslösung) des Landtages, der Vorsitzende der für die Rechten eine ganz niedliche Zeitung, Kochbesessene in eine Ausschussung und Befehle, als sich darüber ein Fraktionsmitglied äußerte, dieses mit dem Vornamen „Haderlump“, unter dem freudigen Gegräbe der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses. Die sechs sind die Hauptführer der Rechten des Burms.

Jetzt ist das Maß ganz voll, jetzt haben wir in der ganzen Partei am höchsten Saufall genug! Denn der neueste Disziplinbruch, diese offene Rebellion, ist nicht mehr die frühere unvollständige Verleumdungs- und Verunglimpfungsmethoden, jetzt ist die Ehre und die Autorität des Parteivorgabes und damit der Gesamtpartei mit im Spiel, und deshalb muß von ihm in wohlüberlegten Parteinteressen sofort und nachdrücklich mit dem sofortigen Ausschluß aller dieser und indirekt in dem schwachen Reichstag Vertretungen gegenwärtig werden werden. Es gibt und darf nicht geben zweierlei Recht innerhalb unserer Partei. In verächtlichen Fällen hat der Parteirat der Zentralinstanz Gezellen getroffen, die ungleich weniger parteischädigend gerichtet haben, als diese von allen guten Geistern verlassenen Schergen. Eben weil es sich diesmal um leitende Mitarbeiter, Landesparlamenten und Abgeordnete dreht, muß um so mehr durchgespart werden. Denn sie sind alle Träger hoher und wichtiger Parteiamter und Funktionen, und sie müßten nur zu gut, was diesmal auf dem Spiele steht. Sie haben nicht im Affekt gehandelt, sondern mit eiserner Berechnung der Gesamtpartei dem Parteirat ein Gesellschafter.

Die Heiligkeit ist eine aufgelegte Kammer und die Mittel, die sie gewandt haben, sind erlos. Denn sie brauchen ihr eigenes Wort, das sie auf dem Landesparlament in Dresden verpflanzt haben. Das wird ihnen kein Arbeiter, kein einfacher Parteigenosse verzeihen und kann bei Parteivorstand ist überlassen. Deshalb hinaus aus der Partei mit diesen Herrschern an der Spitze des Parteirates!“

Nach dieser letzten Abschlüpfung gegen die 23 Rechten, die die „Leipziger Volkszeitung“ aufzimmert, drückt, wird endlich die Heißigkeit des „Bauernrechts“ resp. des Reichsgerichtes zum Angelegenheit des Ausschusses der Rechten behandelt. Wir verstehen den Artikel in der vorigen Woche darüber. Bekanntlich wird in dieser Erklärung mitgeteilt, daß der Ausschluß aus der Partei gemäß dem Paragraphen 28 des Parteistatutes nicht möglich ist. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt dazu:

„Wenn würde der sofortige Ausschluß der Disziplinbrecher durch den Parteivorstand der 23 Rechten und der Parteigenerationen nicht wenigstens entscheidend beachtet werden.“

Über die hat kein Wort der Artikel gegenüber dem Reichsparlament, obwohl die „L. V.“ ganz genau weiß, daß die Nichtanwendung des § 28 für den Reichsparlament nichts anderes bedeutet, als Zeit zu gewinnen, um sich von der Frage des Ausschlusses überhört zu drücken.

Gegen die 23 Rechten muß man einen leiseren Ton aber vor dem Reichsparlament, der die 23 Rechten und die Rechten vor dem Reichsparlament, beugt man sich in Demut, wie ein Knecht vor dem Propheten.

Wie lange werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter diese Komödie, diese Verhöhnung ihrer primitivsten Parteirechte noch gefallen lassen?

Weg mit dem Fürstentumskompromiß!

Levi gegen die sozialdemokratische „Mitarbeit“

In der neuesten Nummer seiner Preßkorrespondenz nimmt Paul Levi zu der Frage nach dem Volksbegehren Stellung. Er stellt fest, daß 12 1/2 Millionen für Volksbegehren 10 Millionen für ein Wahlkreisgesetz eingebracht wurden, was ein 1/2 ist.

„Es ist eine Bedingung, daß nämlich die sozialdemokratische Mitarbeit beim Kompromiß der Regierungsparteien aufhört und daß man nicht mehr mit dem Gedanken spielt, daß die SPD, eventuell einem Kompromiß die Zustimmung geben könnte. Wörtlich schreibt Levi:

„Das Kompromiß ist aber auch ein Handel mit den Parteien, die dem Prinzip feindselig sind. Die Parteien, die nicht positiv für das Volksbegehren waren, sind der Republik feindselig, und wenn sie gleich Tausende von Häuptern in den Generalstab des Reichsarmees delegiert haben. Man kann die Republik nicht verteidigen, wenn man mit ihren Feinden verhandelt und sich mit ihnen auf der Basis von 50 Prozent verständigt. Und wenn selbst jenseits dieser Begriffe, daß die zwölffach aus vier bringen werden, nicht eingewilligt würde, und wenn die Forderungen gleich alles erhalten: die politische Forderung des Begehrens der zwölffachen Millionen weit schwerer als alle Reichsarmeenmillionen und wir können gar nicht anders: wir müßten beim Volksentscheid bleiben, um jeden Preis.“

Es versteht sich, daß es dabei auch nicht möglich ist, jene „Siegebestimmung“ zu bestehen und im Reichstag einen Gesetz auszuschließen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß selbstverständlich der Volkswille zu begehren. Solch minderwertige Vorbehalte sind wahr leicht los zu lassen den Willen zu politischer Verantwortlichkeit erkennen, praktisch sind sie verlos. Denn zwanzig Millionen Wähler auf einen Tag aus eigenen Kräften an die Arne zu bringen, übersteigt die normalen Kräfte einer jeden Partei. Zu solchen Leistungen ist eine Partei nur befähigt, wenn sie eine Sache vertritt, die an sich die großen Volkselemente bewegt, so wie die Selbstbestimmung der Fürken die Soldaten des durch die Inflation verarmten Volkes bewegt. Aber Volksmassen bewegen sich nur mit klaren Formulierungen, mit radikaler Forderungen, mit dem Ausgesprochenen. Das gegenwärtige Abwägen mag am grünen Tisch von großen Parteien sehr rationell erscheinen, wenn man es betrachtet. — Oder das Kompromiß ist ihnen fern, und damit wäre die Zustimmung zum Kompromiß, auch unter Eventualvorbehalten, auf es „weitergehe“ um, entweder das Ende der Volksbewegung oder die Wendung der Massen gegen uns; beides gleichermaßen unerwünscht und gefährlich.“

Wir haben den Kampf begonnen und müßen ihn zu Ende führen. Alle Vorkzeichen sind heute günstiger als je waren, als wir begannen. Also, bleiben wir im Kampfe und führen ihn ganz zu Ende.“

Somit Levi. Die Zeitung der SPD, wird aber trotz seiner Beweisführung ihre „Mitarbeit“ an bürgerlichen Kompromissen fortsetzen, wenn nicht die SPD-Arbeiter durch ihren Druck diesem Schwachsinn ein Ende bereiten.



Die Pestbeule „Jürgens“ geplätzt.

Ein neuer Justizskandal

Politische Gesangene sollen Jürgens' Vergnügungsgreifen begahen?

Den folgenden Artikel entnehmen wir der Aprilnummer des „Neuen Jürgens“, Organ der Rechten die Deutschlands, die in diesen Tagen erscheint. Der „Neue Jürgens“ ist durch alle Romanisten sowie durch die Funktionen zum Verstoß von 25 Jürgens pro Vierteljahr oder zum Preise von 10 Pfennig pro Einzelnummer zu beziehen.

Die folgende Entschuldig stellt ein neues Schickal auf den unersättlichen Justizskandal im Falle Jürgens und muß aufs höchste anstößend wirken.

Der Jürgensskandal wird immer toller. Die Klassenjustiz, die die proletarischen Gekerkerten fürwahr gelügelt und leücht zugrunde zu richten, widerlegt sich auch materiell zu verurteilen. Schon in wiederholten Fällen sind politische Gesangene durch die unerhörte hohen Kostenrechnungen, die man ihnen für das so „freundliche“ gependelte Staatslohn noch abends ein abstrakte, materiell vollständig zugrunde gerichtet worden. Daß man einem im Kerker Sitzen den menschlichen, die Vergnügungsgerechten für keinen Heller zu bezahlen, dieses alles bisher Gekerkerten weit übersteigt.

Wenn diese Behauptung zu toll ergeht, der hohe sich die folgende Kostenrechnung an, die dem Gewissen Erich Melscher in das Gefängnis Kottbus geschickt wurde:

Raffe des Reichsgerichts Leipzig, 8. März 1926.
Reichsbaubank-Girokonto
Postfachkonto: Leipzig Nr. 5500.
Nachstehende Kostenrechnung erhalten Sie mit der Auforderung, Ihren Anteil binnen zwei Wochen — vom Tage der Zustellung ab gerechnet — an die Kaffe des Reichsgerichts (unter Angabe des Unterscheidens und der Kostenregisternummer) einzulösen.
Bei nicht rechtzeitiger Zahlung erfolgt zwangswelt Beitreibung. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.
Geschäftsstelle Kostenregister-Nr. Es. L. III. 640.

Kostenrechnung
in der Strafzelle gegen den Parteiführer Erich Melscher
zurecht in Strafhaft im Zentralgefängnis Kottbus.

Betrags RM.	
1. Gebühre § 52 Abs. 1 D. G. R. G. (4 Jahre Gefängnis)	150,00
2. Gebühre § 52 Abs. 2 D. G. R. G. (400 RM. Geldstrafe)	80,00
3. Zinsenbüßen § 724 a. a. D.	156,22
4. Kellergeld § 725 a. a. D.	807,45
5. Postgebühren § 72 a. a. D.	3,65
6. Telegraphengebühren § 722 a. a. D.	88,25
7. Transportkosten § 727 a. a. D.	189,49
8. Postkosten § 728 a. a. D.	—
a) für die Zeit vom 23. Juli 1924 bis 8. Dezember 1925, vom 23. Dezember bis 31. Dezember 1925 und vom 1. Januar bis 28. Februar 1926 — 572 Tage	858,00
b) für die Zeit vom 9. bis 22. Dezember 1925 — 14 Tage	14,00
	RM. 2296,00

Die hier angegebenen Kosten befallen sich nicht etwa auf „Reisen“, die Melscher machen würde; man darf sich ein Gesamtvermögen von 100 RM. angesehen worden, sondern auf solche, die der Herr Untersuchungsrichter, vielleicht auch sonstige Vernehmungsbeamte (das geht aus der Kostenrechnung nicht hervor) gemacht haben. Man muß hier fragen, ob davon etwa die Mittelmeerreise des Herrn Jürgens bezahlt worden ist; denn der Betrag von 800 RM. ist so ungeheuerlich hoch, daß man dafür schon eine ganz nette kleine Reise nach Italien oder an die Riviera machen kann.

Wir fragen daher noch einmal: Wofür sind die 800 RM. „Reisegeld“ verausacht worden? Hat sich Herr Jürgens dafür amüsiert? Sollen politische Gesangene zugrunde gerichtet werden, damit Herr Jürgens seinen kann? Wir fordern Antwort!

Postkarte der bayrischen SPD. und der Gewerkschaften beim Volksbegehren

Ein Vorkzeichen der „Leipziger Volkszeitung“

Das heutzutage Organ in München, die „Neue Zeitung“, des bayerischen Justizskandal, daß sich die bayrische SPD. und die bayrischen Gewerkschaften am Volksbegehren so gut wie überhaupt nicht beteiligt haben, wird jetzt nachdrücklich durch die „Leipziger Volkszeitung“ bestätigt. Im Leitartikel vom 6. April der „L. V.“, der die Überfahrt trägt: „Das Volksbegehren in Bayern“, heißt es wörtlich:

„Es läßt sich ferner nicht bezweifeln, daß sich die Gewerkschaften in Bayern so wie sonst verhalten haben und daß die Partei mit ihrer Agitation, besonders im Kleinen, wie zu spät begonnen hat. Erst, als nach einer Woche in München noch nicht 50 000 Eintragskarten erreicht waren, kam der Gewerkschaftsperpet mit dem Ruf: heraus, und erst dann begannen die Parteifunktionen mit der Reorganisation und der Verteilung von Flugblättern in den Häusern und Umjungen in den Gegenden.“

Diese Charakteristika, die, nebenbei gesagt, noch viel zu mild sind, betreffen auf das Klarste, daß die verhältnismäßig schwache kommunistische Partei in Bayern die gesamte Arbeit organisiert haben und die Volksbegehren geleitet hat. In der Tat, die kommunistische Partei Bayerns, die auf das schlaueste organisiert und malträtirt wird, der man die öffentlichsten Verarmungen durch das Volksbegehren sogar verordnet hat, fand vollkommen an der Spitze der Bewegung für das Volksbegehren. Selbst dieses Volkstümlichkeit der Gewerkschaftsorganisation und den SPD-Arbeiter nicht aufgerichtet, wirklich aktive Arbeit für das Volksbegehren zu leisten.

Sowjet-Rußlands Aufschwung im Wirtschaftsjahr 1925/26

Steigerung der Produktion um 40 Prozent — 820 Millionen Rubel für Neuinstallation — 25 Prozent Lohnvermehrung

Für Über die gegenwärtige Wirtschaftslage Sowjet-Rußlands herrschen vielfach noch unklare Vorstellungen. Bekanntlich wurde nach der guten Ernte im Herbst 1925 ein großzügiges Programm der Produktionssteigerung, der Erweiterung der Ausfuhr und Einfuhr, der Vergrößerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter aufgestellt. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Schätzungen über das Ergebnis der Ernte übertrieben waren und der staatliche Getreideankauf und Getreideexport auf vorübergehende Schwierigkeiten stoßen mußte, mußte auch dieses Programm um etwa ein Drittel eingeschränkt werden. Dadurch entstand eine Verlangsamung des Tempos der wirtschaftlichen Fortschritte. Das Wort Verlangsamung muß aber in einem sehr relativen Sinne verstanden werden. Es handelt sich nur um eine Verlangsamung im Verhältnis zu dem ursprünglichen Plan. Abgesehen davon, weist das gegenwärtige Wirtschaftsjahr wiederum gemaltete Fortschritte auf, die sich heute schon im Ganzen und Großen überbilden lassen.

Ende März hielt im Präsidium der staatlichen Planwirtschaftskommission Gennadi Kalinow ein Referat über die vorläufigen Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 1925/26, in dem er folgendes ausführte:

Im Jahre 1924/25 nahm die Produktion im Verhältnis zum Vorjahre in der Industrie um 64 Prozent zu. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Industrie erhöhte sich um 19 Prozent, die durchschnittliche Arbeitsleistung um 26 Prozent. Das Wirtschaftsjahr 1925/26 (gerechnet vom 1. Oktober 1925 bis 1. Oktober 1926) verläuft folgendermaßen: Die staatliche Industrieproduktion wird voraussichtlich einen Gesamtwert von 3020 Millionen Friedensrubeln aufweisen (1 Friedensrubel = 2,16 Mark). Der Wert der Bruttoproduktion wird 3870 Millionen Rubel ausmachen. Das bedeutet eine Steigerung um 40 Prozent im Verhältnis zum Jahre 1924/25.

Die durchschnittliche Erhöhung des Arbeitslohnes im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr macht 25 Prozent, die Erhöhung der Arbeitsleistung 16 Prozent aus.

Diese Angaben können noch einige Änderungen erfahren, durch welche sich jedoch das Gesamtbild nicht verschieben wird. Von hoher Bedeutung ist ein neues Kapitel der sozialistischen Staatshilfe, nämlich der Schritt zur Realisation. Was jetzt ferner die russische Wirtschaft an geschäftliche Erneuerungen der nächsten Zeit bieten. In diesem Jahre werden zum ersten Male dafür 820 Millionen Rubel, d. h. über 1650 Millionen Mark verwendet. Damit beschreitet Sowjet-Rußland den Weg der sozialistischen Akkumulation in größerem Maßstabe. Von Bedeutung ist dabei, daß die zu Neuinstallationen nötigen Auslagen aus eigener Kraft Sowjet-Rußlands bestritten werden. Die Auslandscredite sind nötig, um den wirtschaftlichen Ausbau in noch größerem Maße durchführen zu können. Die russische innere Anleihe für den besonderen Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaus hat 300 Millionen Mark ergeben. Kurzfristige Anleihen wurden nur im Ausmaß von 16 Millionen Mark herausgegeben.

Wenn die heutigen Arbeiter dieses Bild mit den Wirtschaftsbedingungen in Deutschland vergleichen, werden sie auch auf die Frage: welche der östliche Orientierung, Kapitalismus oder Sozialismus die richtige Antwort finden.

Die Arbeit der russischen Industrie im Monat Februar

Der Monat Februar weist eine stetige Steigerung der Produktion in Sowjet-Rußland auf. Einige Angaben über den gegenwärtigen Stand der russischen Industrieproduktion werden hierunter folgen.

Die Produktionsleistung betrug im Januar und 590 000 Tonnen, im Februar 600 000 Tonnen. Der Unterschied ergibt sich aus der vergrößerten Zahl der Arbeitskräfte im Februar. Die durchschnittliche Arbeitsleistung ist gleichzeitig um 3 Prozent gestiegen. Die Gesamtproduktion weist eine Steigerung von 2,8 Prozent auf und erreicht einen Wert von 40 Millionen Rubel.

Zusammenfassend ist der Gesamtwert der Februar-Produktion auf 288,9 Millionen Rubel (1 Rubel = 2,14 Mark) gestiegen gegen einen Wert von 281 Millionen Rubel im Januar.

Die etwas verlangsamte aber dennoch stetige Steigerung der Produktion in Sowjet-Rußland bildet den denkbar schärfsten Kontrast zu der wirtschaftlichen Stagnation, zum Rückgang der Kohlen- und Eisenproduktion in Deutschland.

Gute Ernteausichten in Sowjet-Rußland

Der Saatensatz in Sowjet-Rußland war im Monat Februar nach den eingegangenen Nachrichten überall befriedigend. Die Vorbereitungen zu den kommenden Arbeiten auf dem Lande gehen in normaler Weise vor sich.

Die französische Finanzkrise beendet?

Nach ungenauen parlamentarischen Schmierigkeiten sind die Pläne der Regierung Briand Geleg gegeben. Das Parlament ging erleichtert in die Osterferien. Doch ist die Finanzkrise Frankreichs damit noch lange nicht erledigt. Am Ende war der fehlbetrag im französischen Staatshaushalt gar nicht allzu groß. Es handelte sich um 5 Milliarden Papierfranken, das sind 700 bis 800 Millionen Goldmark — ein wirklich nicht unerwähnlicher Betrag. Die französische Wirtschaft von heute ist lange nicht so gerettet, wie es die deutsche Wirtschaft 1923 war. Wenn Deutschland die Stabilisierung seiner Währung erreichen konnte, so ist Frankreich dazu auch imstande. Der Schritt geht in Frankreich nicht darum, ob eine Stabilisierung möglich ist oder nicht, sondern darum, wer die Kosten einer Stabilisierung zu tragen haben wird. Die Inflation bringt den französischen Arbeitern eine Ausbeute ohne gleichen. Die Inflation gibt zugleich den Banken die Möglichkeit zu unbegrenzten Spekulationsgründen. Die Stabilisierung der Währung wird die Rechte der französischen Banken auf dem Weltmarkt außerordentlich steigern. Die französische Ausfuhr hätte mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie heute die deutsche. Außerdem würde die Stabilisierung der Mittelklassen, den Rentnern und kleinen Sparern schaden, inwiefern sie verlieren haben.

Die französische Bourgeoisie hätte rein finanziell eine Stabilisierung der Währung durchzuführen. Aber sie fordert vor der Stabilisierung zurück, weil sie die Möglichkeit, die Reaktion der erbitterten Mittelklassen und den verächtlichen Klassenkampf mit dem Proletariat fürchtet. Die Bourgeoisie sucht irgendeine Form, um die Stabilisierung mit diskussionsfähiger Gemütsruhe zu betreiben, um die Mittelklassen zu entzünden. Darum liegt es in letzter Zeit die französische Kapitalistensklasse mit dem Fallismus. Aber man mag sich auf ein solches Diktatur-Abenteuer noch nicht heran.

In der Zwischenzeit läuft die Inflation mit allen ihren Begleiterscheinungen weiter. Die hartgeprüften Rentiere sind das Gleichgewicht des neuen Staatshaushalts schnell aus den Angeln heben. Bereits in wenigen Monaten wird die Regierung Briand wieder vor den alten Schwierigkeiten stehen. Mag die Inflation weiter gehen oder mag man eine Stabilisierung versuchen, beides wird eine außerordentliche Verschärfung der Klassenkämpfe in Frankreich bringen. Die Zukunft der französischen Regierung über ihren finanziellen Sieg sehr gering und sehr vergänglich.



R.P.D.

Veranstaltung für Halle-Merseburger
 Herren u. Damen: Sonntag, 14. April, 11 Uhr
 Damen: Sonntag, 14. April, 11 Uhr
 Herren: Sonntag, 14. April, 11 Uhr
 Damen: Sonntag, 14. April, 11 Uhr

Unterbezirk Halle-Saalekreis
 Unterbezirk Weiskamp-Carl-Luis
 Sonntag, 10. April, abends 7 1/2 Uhr, im
 Café Schumann. Jedes Mitglied muss
 erscheinen.
 Unterbezirk Kandel-Sangerhausen
 Sonntag, 11. April, abends 10 Uhr, im
 Café Pape. Erscheinen aller Mitglieder ist
 Pflicht.
**Kein Genosse darf die U.S. und Ufa-Festspiele
 besuchen. Führt den Boykott hart durch!**

R.P.D.

Bezirk Halle-Merseburg
 Jugendsekretariat: Halle a. d. S.,
 Verdenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalekreis
 Sonntag, 10. April, abends 7 1/2 Uhr, im
 Café Schumann. Jedes Mitglied des
 Vorstandes muss persönlich erscheinen.
 Sonntag, 11. April, abends 10 Uhr, im
 Café Pape. Jedes Mitglied des
 Vorstandes muss persönlich erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Das Gaukollektiv der R.F.K. ist für den 10. April
 Sonntag im Hotel von 8 bis 11 Uhr Sonntag
 Sonntag im Hotel von 8 bis 11 Uhr Sonntag
 Sonntag im Hotel von 8 bis 11 Uhr Sonntag

Merseburg, Donnerstag abends 8 Uhr
Merseburg, Freitag abends 8 Uhr
Mitteberg, Mittwoch, den 7. April, abends 8 Uhr
Unterbezirk Weiskamp-Carl-Luis
Unterbezirk Kandel-Sangerhausen

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inzerenten

Größtes Spezialhaus für Herren-, Damen- und Seidenstoffe
Mitteldeutsche Textilgesellschaft
 m. b. H.
 Große Ulrichstraße 52 u. 12

Gute Blauschimmel-Käse
 la Qualität
 liefert an Wiederverkäufer zu
 billigstem Tagespreis
Paul Krüger
 Käseerei
 Stand Wochenmarkt
 Tel. 5237

Gut und preiswert
 kauft man in der
Tabak-Café
 bei
Kurt Hafner
 Verdenfelder Str. 20
 Telefon 3439

Flugplatz-Kasino
 Der beliebte Ausflugsort
 aller Genossen
Max Weber
 7 Minuten von der End-
 Station des Umie 1

Schokoladen, Katala
 sowie sämtliche Süßwaren
 kaufen Wiederverkäufer nach wie
 vor am billigsten bei der
 Schokoladen-Spezial-Großhandlung
Willy Boigt
 Halle a. d. S., Schmeerl. 16
 Telefon 4736

Kolonialwaren
Spirituosen
 Spezialität:
Gebrannte Kaffees
Paul Richter
 Steinweg 53 u. 15

**Herren- und Damen-
 und Seidenstoffe**
**Mitteldeutsche
 Textilgesellschaft**
 m. b. H.
 Große Ulrichstraße
 52 u. 12

Trinkt
 dauer-
 pasteurisierte
Milch
 aus der
 Molkerei Weidlich
 in Halle
 Freilieder Straße 3
 Telefon 8612

**Druck-
 sachen aller Art**
Zeitschriften
Plakate / Karten
Rotationsdruck
Werke / liefert
P. Wolff, Halle a. d. S., Steinweg 20a
 Zu Original-Kassapreisen kaufen Sie bei uns:
 Kleiderstoffe, Gardinen, Herren-, Damen-, Kinderwäsche,
 bunte und weiße Bettbezüge, Tritotagen, Schlafdecken,
 Schürzen, Berufsbeleidung
 und nähmen Ihnen bei Anbahnung je nach Höhe der Kauf-
 summe für den Festbetrag einen mehrmonatigen Kredit

Kern- und Toilette-Seifen
 preiswert und gut, bei
**Max Köhl, Halle a. d. S.,
 Herrenstr. 5**

Restaurat
Delizischer Hof
 Inhaber:
Hermann Damm
 Landsberger Straße Nr. 68
 hält seine
Lokalitäten
 bestens empfohlen

AGO - Schuhbesohlung
 ohne Naht und Nagel
 dadurch weitaus größere Lebensdauer der Schuhe
 Annahme im unteren Büchel: Merseburger Str. 29
 Mansfelder Straße 4, Kleine Ulrichstraße 8
Hartmann & Hansen

Hilfsränderwaren
 und **Reinaden**
 kaufen die Annahme des Werk-
 schaffenspreises ist preiswert bei
Kurt Aurich
 Gr. Steinstr. 39 Gr. Steinstr. 39

Kolonialwaren, Kaffees
 aus eigener Kaffeeerei
 stets frisch, sehr preiswert
 bei
**J. Baumgärtel, Halle
 Verdenfelder Straße 26**

Schürzen
Wäsche
 eigener Anfertigung
Paul Juneck
 Verdenstraße 25

Auf Teilzahlung!
 Herren- und Damen-Bekleidung
 Wäsche, Möbel aller Art und Bilder
B. Ehrenreich & Co.
 54 II Gr. Ulrichstraße 54 II

Paul Reichardt
 Zigarrenspezialgeschäft
Halle (Saale)
 Baderei 1, Ecke Herrenstr.
 Fernsprecher 5023

Fahrräder
Nähmaschinen
 auf Teilzahlung
Lohrengel
 Gr. Klausstraße 7

Franz Conrad
 Kolonialwaren
 K. hausförmliche Warenwaren
 Torstraße 28

Sohlleder-Ausschnitt
 empfiehlt billigst
Albert Fabig
 Halle a. S., Hallerstr. 1

R.-Seidenstrümpfe
 mit Naht
 Doppellobbe, hochste
 Nr. 1, 25
A. Librah, Halle
 Wäsche- und Wollwaren
 Deutscher Straße 2 am Ringplatz

Moritz Rosewitz
 Steinweg 7
 Herrenwäsche, Hüte
 Mützen, Strümpfe
 Tritotagen

Tritotagen
 kaufen Sie bei
J. Glücksmann, Markt 6

Schuhw.- Spezialgeschäft
Otto Bloch
 Kleine Ulrichstraße 2
 gegenüber Möbel-Hauptmann
 empfiehlt sein reichhaltiges
 Lager in erstklassigen
Schuhwaren
 für Beruf, Sport u. Straße
 zu mäßigen Preisen
 Eigene Maß- und
 Reparaturwerkstatt

Billigste Bezugsquelle für
Herren- u. Knabenkleidung
 sowie sämtliche
Berufskleidung
Gustav Reinsch
 Markt, im Roten Turm

Fahrräder
Nähmaschinen
 Sprechapparate
 Schallplatten
 stets das Neueste
 Taschenlampen, Batterien
 Mäntel, Schränke
 sowie sämtl. Erzeugnisse
August Kraft
 Steinweg 51 Verdenstr. 49
 Eisen- und
 Eisen- und
 Eisen- und

Hermann Böhlert
 Robschlächterei
 nur Glauchaer Straße 75
 Merseburg, Obere Breitestraße 4
 empfiehlt seine
prima Fleisch- und Wurstwaren

Karl Dönau
 Kolonial- und Materialwaren
Herrenstraße 25

Gewerkschaftsbewegung

Die Buchdrucker lassen am 1. Mai die Arbeit ruhen

Die Berliner Buchdrucker haben beschlossen, die diesjährige Maifeier geschlossen durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Generalversammlung fasste diesen Beschluss einstimmig, nachdem das Ergebnis einer vorausgehenden Abstimmung im Gau Berlin sehr günstig war.

Dieser Beschluss muß überall Nachahmung finden. Die Arbeiter dürfen sich keinesfalls der Meinung hingeben, daß sie bei den historischen Kämpfen am 1. Mai als Feiertag verziehen. Gerade weil die deutsche Arbeiterschaft die am festesten behandelte ist, gerade weil die Bourgeoisie einen Angriff auf den anderen gegen das Proletariat richtet, hat das wertigste Volk den 1. Mai als Tag der Sammlung und Mobilisierung zur proletarischen Offensive dringend nötig. Am 1. Mai muß Deutschlands Arbeiterklasse unter zeter Führen gegen alle Schrecken aufmarschieren.

Der 1. Mai 1926 muß ein Gelächterstag zum Zweck der proletarischen Einheitsfront sein!

tarifverlängerung im Buchdruckgewerbe

Nach dem „Korrespondenz“ ist zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Gildenberg am 30. März folgendes vereinbart:

1. Der Lohn im 1. Mai wird bis zum 31. März 1927 verlängert. Wird er nicht vor dem 30. März schriftlich genehmigt, so läuft er nicht mit dem gleichen Kündigungstermin auf ein Jahr weiter.
2. Der Lohn tarife wird bis zum 10. September 1926 verlängert. Wird er nicht spätestens am 9. August schriftlich genehmigt, so läuft er bis zum 28. Januar 1927 weiter und verlängert sich bis zum 31. März 1927, falls er nicht spätestens am 31. Dezember 1926 schriftlich genehmigt wird.

Der Stand der Arbeitslosigkeit

Ein anmaßendes Bild des Umfangs der Arbeitslosigkeit ergeben folgende am 16. März 1926 angestellten Erhebungsangaben (nach Reichsarbeitsblatt vom 1. April 1926):

Hand- und Forstwirtschaft, Fischerei	Arbeitslosende		offene Stellen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	74 783	486	206	45
Industrie der Steine und Erden	54 298	4 098	209	11
Baugewerbe	208 813	—	361	—
Metallarbeitsung und Industrie der Maschinen	415 881	33 486	283	26
Chem. Ind., u. Ind. d. kunstwirtschaftl. Arbeitsgewerbe	9 223	5 009	10	9
Spinnstoffgewerbe	41 854	40 247	98	34
Textilgewerbe	64 916	71 106	284	259
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	123 794	5 602	185	13
Lebensmittelgewerbe	40 888	46 298	229	63
Berufsgewerbe	89 488	3 653	180	6
Hausliche Dienste	1 661	48 043	28	6 332
Sohnarbeit wechselnder Art.	655 819	89 821	1 337	325
Reinigungsdienstleistungen	75 520	40 872	341	323
Büroangestellte	17 116	9 638	60	171
In Sachsen mit Vorbehalt (64 berücksichtigte Arbeitsnachweise)	106 906	19 480	718	1 579

Erfolge der Opposition bei den Betriebsratswahlen

Im Ruhrgebiet erhielt auf der Schmelzanlage Zollverein 1/2 der Wähler die Mehrheit, die in 170 abgegebenen Stimmen 114 und 8 Stimm, davon bekamen die Kommunisten 8 Stimm, die Christen wurden von Parteigenossen besetzt. Die Christen erhielten 854 Stimmen und 4 Sitze.

In Wattrop erhielten auf der Zeche Auenberg die freien Gewerkschaften 1528 Stimmen und 9 Sitze (4 Kommunisten, 3 Sozialdemokraten, 3 Parteiloje), die Christen 466 Stimmen, 3 Sitze.

In Welzig auf Zeche Bropke 1 erhielten die freien Gewerkschaften 1282 Stimmen und 9 Sitze (5 Kommunisten, 3 Sozialdemokraten, 2 Parteiloje), die Christen 486 Stimmen, 4 Sitze.

In Hochmarz auf Zeche Keilbergbau bekamen die freien Gewerkschaften 955 Stimmen und 8 Sitze, davon erhalten die Kommunisten 7 und die Sozialdemokraten 1 Sitze. Die Christen erhielten 124 Stimmen und 1 Sitze.

Auf Zeche Westfalen 12 in Witten erhielt der Bergarbeiterverband von 2750 abgebenen Stimmen 2855 Sitze (12 Kommunisten und 1 Sympathisierender), die Christen erhielten 348 Stimmen und 1 Sitze, Gelbe Gewerkschaften 89 Stimmen, 1 Sitze.

Bis zum 23. März war über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet folgendes bekannt: Auf 181 Zechen erhielten an Stimmen die freien Gewerkschaften 157 027, die Christen 61 064, die Hilfs-Dankarbeiten Gewerkschaften 4051, die Polen 1079, die Syndikalisten 6122, die Gelben 3366.

Aufruf!

In alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter des Holzgewerbes

Am Sonntag, dem 14. März, hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband Halle zur besseren Erziehung und Schulung seiner jüngeren Mitglieder eine Jugendabteilung gegründet. Gerade die jüngeren Mitglieder sind es, die in den allgemeinen Gewerkschaften am schärfsten vernachlässigt sind. Wir wollen jetzt nicht unterlassen, wo die Gründe liegen, einzig fünf mit uns hoffentlich alle darüber, daß ernsthafteste Anstrengungen gemacht werden müssen, um vor allem das Interesse der Jugend zu heben. Die Jugend, die dereinst den Gewerkschaften die Zukunft stellen muß, darf nicht vernachlässigt und verfallen. — Alle Sportinteressen, so sehr wir deren Notwendigkeit anerkennen, müssen aber auch Zeit für die Arbeit in den freien Gewerkschaften übrig lassen. Die Jugendfunktion hat sich vor allem die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu vertreten. Die Bildungs- und Schulungsarbeit soll dabei auf das Intenseste gefördert werden. Zur Durchführung dieser Aufgabe gehört aber nicht nur der gute Wille einzelner, es bedarf vielmehr der Unterstützung aller jugendlichen und älteren Kollegen.

Den deutschen Gewerkschaften fröhliches, geländes Blut zuzuführen, dessen sie so notwendig bedürfen: „Das sei die Aufgabe, die wir uns gestellt haben!“

Die nächste Versammlung findet am Sonntag, dem 11. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Volkspar“ statt.

Die Jugendleitung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Kommunistischer „Verrat“ im ostpreussischen Landarbeiterstreik

Kommunistischer Entlassungszeuge — der DGB-Hauptvorstand

In der sozialdemokratischen Agitation unter der Landarbeiter-schaft wird, gerichtet durch die Verhandlung des Landesverbandes des DGB, der Schwindl eines „kommunistischen Verrats“ im ostpreussischen Landarbeiterstreik bestimmt in der nächsten Zeit im Vordergrund stehen. Offenbar ist man bei den sozialdemokratischen Führern des DGB sehr arm an Material gegen die Kommunisten, vor allem mangelte es an genauen Angaben, um den kommunistischen Verrat zu belegen. Man hat sich deshalb bemüht, durch den Landarbeiterstreik die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Dabei wird über den vor zwei Jahren durchgeführten Streik in Ostpreußen ein Zerrbild mit falschen und ungenügenden Behauptungen über die KPD gegeben.

Schon vor längerer Zeit hat die Gauleitung Ostpreußen des DGB behauptet, die KPD habe sich während der Verhandlungen die Anweisung gegeben, sich nicht vorzugeben, damit die sozialdemokratischen Funktionäre nach dem Streik ausgebeutet würden. Als das „Echo des Ostens“ öffentlich den Nachweis dafür forderte, erklärte die Gauleitung, sie könne das nicht beweisen, aber es wäre doch denkbar, daß ein solcher Befehl gegeben worden sei. Damit nur dieser Schwindl zusammentreffen, tauscht aber jetzt wieder neu auf.

Auf dem Verbandstag erklärte Schneider (Stuttgen), er habe einen Lenow-Mann einen KPD-Mitgliedesatte aus der Taube gezogen. Damit will er den kommunistischen Verrat beweisen. Es ist möglich, daß ein Lenow-Mann mit einem solchen Mitgliedsbuch ausgestattet war, denn es gibt in Deutschland keine Zentralen, die von sozialdemokratischen Ministern und Parteipräsidienten hochgepöbelt werden. Haben wir keine Jürgens in Deutschland? Außerdem — ist die Lenow mit Zustimmung der KPD geschlossen und unterschrieben worden und damit die Streik-Führerarbeit der Lenow voll anerkannt. Wenn wirklich ein kommunistisch organisierter Arbeiter zur Lenow übergegangen wäre, so muß doch jedes Kind erkennen, daß dafür die KPD nicht verantwortlich ist, denn sie wird solche Schritte ausbleiben. Anders ist es aber, wenn die KPD-Führung nicht bei der Schaffung von Streikführern zugeht. Damit wird der Verrat eine Sache der gesamten Partei.

Auf dem DGB-Verbandstag wurde immer wieder von der „Sabotage des Kampfes durch die Kommunisten“ gesprochen. Wir wollen einen Zeugen über den Streik sprechen lassen, der gewiß nicht ein Freund der KPD ist, nämlich — den Hauptvorstand des Deutschen Landarbeiter-Bundes selbst. Er leitete den ostpreussischen Geschäftsbericht heißt es auf Seite 32/33 folgendermaßen:

„Durch das rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber und durch den Verrat der Christen machte sich eine äußerst tiefergehende Erbitterung in den Landarbeiterskreisen bemerkbar. Hierzu kam noch das Verhalten der Kommunisten, die, anstatt mit uns gemeinsam gegen das Vorgehen der Arbeitgeber und der Christen aufzutreten, nur erst recht glauben, den Deutschen Landarbeiterverband mit allen möglichen Vägen und Verleumdungen (welche bitte?) bekämpfen zu müssen. Diese Verratsarbeit der Kommunisten demütigte, daß in den Kreisen Rühmsberger und Pöhlhau die Landarbeiter, ohne sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen, Ende April die Arbeit niederlegten.“ Es folgten dann die Kreise Labiau, Sengsberg, Hr. Gnau, Osterode, Angerburg, Darlehmen und Stuhm. Insgesamt fanden Anfang Mai 1924 20 000 Landarbeiter im Streik.

Der „Verrat“ behauptet also zunächst darin, daß wir uns gegen die Prinzipal der Unternehmer nicht mit „Parteilichern“ begünstigen, sondern zur Gegenseite, um es am 27. fürchten. Das ist die „Sabotage des Kampfes“ durch die Kommunisten! — Lesen wir weiter:

Weitere Betriebsratswahl-Ergebnisse in Halle

Sicherer Wöhme & Co.: Freigew., 4 KPD, 1 Sympathisierender. Städtische Gartenverwaltung: Freigew., 3 KPD, 2 Parteiloje.

Erfolge der Opposition in den Gewerkschaften

In der Generalversammlung des DGB in Eslingen wurden auf Vorschlag der Kommunisten 8 Kommunisten, 1 Sozialdemokrat und 1 Parteiloje mit 428 Stimmen in die Disziplinarverwaltung gewählt. Der Vorschlag der SPD-Kollegen erhielt 121 Stimmen.

Im Fabrikarbeiterverband in Göttingen wurde die Disziplinarverwaltung nur mit oppositionellen Kollegen besetzt. Der Ortsverband des DGB in Göttingen legte sich aus 15 kommunistischen und 9 sozialdemokratischen Delegierten zusammen. Der Vorstand des Bauergewerksbundes in Mägen besteht aus acht Kollegen, von denen sechs zur Opposition gehören.

In Saan wurden in die Disziplinarverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und in den Ortsverband des DGB, einstimmig fünf oppositionelle Kollegen gewählt. Bei den Steinbrüchern im DGB in Querfurt wurde eine oppositionelle Disziplinarverwaltung gewählt.

In Lamsdorf befindet sich nach den Neuwahlen die Disziplinarverwaltung des Textilarbeiterverbandes und der Ortsauswahl in den Händen der Opposition.

In Ludwigshafen wurden im Fabrikarbeiterverband drei Delegierte zur Generalversammlung und zwei Parteidelegierte gewählt, die der KPD angehören.

In einer Schulungsversammlung in Seiffershausen wurden als Delegierte zur Bezirkskonferenz zwei Kommunisten und zwei Sozialdemokraten gewählt.

Zum Verbandstag wurde ein Kommunist mit 74 gegen 52 Stimmen als Delegierter gewählt.

Im Einheitsverband der Eisenhauer in Danks erhielt die Opposition in der Disziplinarverwaltung fünf Sitze gegenüber zwei Sitzen im Vorjahr.

In Remscheid wurden in die Disziplinarverwaltung des Holzarbeiterverbandes zwei Kommunisten, ein Sympathisierender, fünf Sozialdemokraten und 1 Parteiloje gewählt. In der alten Disziplinarverwaltung war nur ein Kommunist.

In Esslingen wurden in den Vorstand des DGB, ein Kommunist, zwei Sympathisierende, drei Sozialdemokraten und ein Parteiloje gewählt. Im alten Vorstand waren zwei Sozialdemokraten. Die Disziplinarverwaltung des Textilarbeiterverbandes ist jetzt aus zwei Kommunisten und drei Sozialdemokraten zusammengesetzt.

Der Keramische Bund

Der Keramische Bund des Fabrikarbeiter Deutschlands

Die Fachleiter der Glas- und Porzellanarbeiter-Verbände bringen Meldung, nach denen sich die beiden Verbände ab 1. Juli 1926 zum Keramischen Bund zusammenschließen und als Section an den Fabrikarbeiterverband anschließen.

Der Porzellanarbeiterverband fasste in einer Sitzung von Vorstand und Beirat am 20. und 21. März folgende Entschlüsse:

„Die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und des Beirates erwachte die vorgelegten Vereinbarungen als eine geeignete Grundlage für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband. Die endgültige Entscheidung darüber soll in nächster Verbindung durch eine allgemeine Mitgliederbestimmung herbeigeführt werden, die

„Der Deutsche Landarbeiterverband war ursprünglich gegen den Streik. Die Witterung war unangünstig. In Berücksichtigung aber doch die Landarbeiterklasse infolge des fortgeschrittenen Regens nicht denken. Die Möglichkeit, eine große Zahl von Streikenden auch nur einigermaßen zu unterhalten, war infolge der eben überwundenen Inflationperiode nicht vorhanden. Wir stellen uns aber, um die Streikenden vor Schäden zu bewahren, sofort an die Spitze der Bewegung.“

Die kampfbereiten sozialdemokratischen Führer mußten also von den lasziven Sozialdemokraten getrennt werden, und es kam aber noch besser:

„Gegen drei Fronten hatten wir uns in diesem schweren Kampf zu wehren:

1. Gegen das unvermeidliche Vorgehen der Kommunisten, die mit ihrem blühenden Gesicht nach dem Generalfreistell verlustig, einen Gegenstab zwischen uns und den Streikenden zu schaffen.

2. Gegen das Vorgehen des deutschen internationalen Landarbeiterverbandes, der uns, um den Streikenden zu helfen, den Streik verurteilt und alles versuchte, die Bewegung zu fixieren und zu zerschlagen.“

3. Gegen das brutale, rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber gegenüber den Streikenden.“

An die erste Stelle setzten die zum Kampf gemuteten Führer also den Kampf gegen die auf Beibehaltung der Kampflosheit drängenden Kommunisten. Aber weiter:

„Mit brutaler Gewalt glaubte man (von Seiten der Unternehmer, D. H.) die Streikenden an die Arbeit bringen zu können. Bei diesem Kampf fanden die Arbeiter in der Gewerkschaft, besonders die Polizei in den meisten Landgebieten auf Seiten der Arbeitgeber.“

Sozialdemokrat E. W. S. zeigt gegen die Landarbeiter auf Seiten der brutalen Unternehmer! Aber — die Kommunisten haben verurteilt. „Wir sind nicht, wie die KPD selbst überlegt“ — die KPD ist die Partei für alle Einzelnen. Aber dem offenen Eintreten des deutschen internationalen Zentralverbandes für die Junker, neben dem brutalen Terror der Gutsbesitzer gegen die Landarbeiter ergibt sich also nach dem Ergebnis des DGB-Hauptvorstandes folgendes: Die sozialdemokratische Führung des DGB wollte sich auf einen Streit beschließen; die Kommunisten organisierten den Kampf; die DGB-Führung war gegen den Streit, mußte zur Teilnahme erz gezwungen werden und hat ihre vornehmste Aufgabe in der Verhinderung einer breiten Kampfbasis, gegen die Landarbeiter kämpfte Generals Polizei. Dieses Zeugnis ist genaugen, um den sozialdemokratischen Verrat an der überkommunistischen Kampflosheit zu bezeugen.

Wichtig ist es jedoch, dabei noch daran zu erinnern, daß unter kommunistischer Führung die Landarbeiter im Gau Magdeburg im Sommer 1925 ihren Lohn nach dreiwöchigem Streik verweigerten und sich mit dem Streik die sozialdemokratische DGB-Führung von Gut zu Gut über, um den Kampf abzublenden und der sozialdemokratische Parteipolitiker die Schuld gegen die Streikenden einjagte und die Streikleitung verurteilte. Die Landarbeiterführung wird aus all dem lernen und aus dem DGB-Behauptungen ist, ihre vergangenen Taten in ein anderes Licht zu rücken und radikale Töne anzuschlagen, sei nur, daß die DGB-Mitgliedschaft auf dem besten Wege ist, die Wertigkeit des Verbandes zu ändern. Wie noch abwärts liegenden müssen darum in den Verband eintritt und müssen an dem großen Wert der Unterstützung des DGB, in einer wirklichen Klassenkampfgewerkschaft des landlichen Proletariats.

bis zum 1. Juni d. J. abgeschlossen sein muß. In der Abstimmlung entscheidend ist gemäß § 36, Abs. 2 des Verbandsstatuts die Mehrheit sämtlicher abgegebenen Stimmen.“

Der Glasarbeiterverband herauf zum 7. Juni d. J. einen Verbandstag nach Berlin ein. Dieser Verbandstag ist notwendig und den auf den letzten Verbandstag beschlossenen Lebertritt in den Bauergewerksbund aufzuheben und den Lebertritt in den Fabrikarbeiterverband zu beschließen.

Der Keramische Bund als besondere Section des Fabrikarbeiterverbandes wird sich außer aus dem Glas- und Porzellanarbeiter-verbänden noch zusammenschließen aus der Gruppe Steine und Erden des Fabrikarbeiterverbandes und aus dem Bauergewerksbund ausgehenden Täpfen.

Die einzelnen Zehntausenden sind zusammenschließen, doch ist die weitere Beibehaltung verschiedener Gesandlungen der Glas- und Porzellanarbeiter in den wichtigsten Industriezentren notwendig. Der Keramische Bund wird seinen Sitz in Berlin im Gebäude des Porzellanarbeiterverbandes haben und wird eine eigene Zeitung herausgeben. Die finanzielle Gebaren, die Beiträge- und Unterstützungsverpflichtung wird aber völlig einseitig vom Fabrikarbeiterverband aus geleistet und geregelt werden. Nach Abschluß des Fabrikarbeiterverbandes Stellung haben.

Die bevorstehende Bildung des Keramischen Bundes, der mit weitgehender, die berufliche Eigenart der in Frage kommenden Industrie berichtigender Autonomie ausgestattet ist, ist nur zu begrüßen.

Die Aufgabe der Ausgangspunkt für die Hebung der Kampfpraxis des Fabrikarbeiterverbandes werden. Nicht vom Standpunkt, wie die Angelegenheiten der einzelnen Verbände untereinander sind, ist diese ernie Angelegenheit zu betrachten. Die Verhängung ist eine Entlastung des Verwaltungsausschusses. Das Entschieden aber ist, daß dem in großen Klassen und Klassen zusammenschließen Unternehmern ein ebenso gebildete Gewerkschaft gegenübergestellt werden muß. In diesem Sinne werden die Kommunisten diese Bewegung mit aller Kraft unterstützen.

Sitzung des Metallarbeiterbundes

(Mitarbeiter) Lugano, 2. April. Am Mittwoch und Donnerstag tagte in Lugano das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes. Es waren folgende Länder vertreten: England, Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweden, Belgien, Dänemark, die Tschechoslowakei, Holland, Ungarn, Argentinien, Italien und die Schweiz. Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der Bundesarbeitung des vom Verbandesekretär Nationalrat J. A. Bern vorgelegten Berichtes gewidmet. Gegenüber einer besonders eingehenden Prüfung war die Frage der Arbeitslosigkeit. In der Denkschrift wurde der Bericht des deutschen Delegierten D. K. L. über „Freigreifende Veränderungen in der Metallindustrie“ behandelt.

Demonstrationsstreik der französischen Metallarbeiter

Am dem Demonstrationsstreik der Pariser Metallarbeiter, den der revolutionäre Metallarbeiterverband durchführte, haben sich über 100 000 Arbeiter beteiligt. In großen Demonstrationszügen und Versammlungen verlangten die Arbeiter eine gründliche Verbesserung ihrer Löhne.

Der Allgemeine Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) findet vom 15. bis 22. September 1926 in Paris statt.



Das revolutionäre Proletariat ehrt die Märzgefallenen

Die Märzfelder Kämpfe haben am Montag durch ihren fünfzigsten Jahrestag eine besondere Bedeutung gewonnen. Das ist der äußerste Ausdruck der Einheit der Arbeiterklasse in der Welt. Das ist der äußerste Ausdruck der Einheit der Arbeiterklasse in der Welt. Das ist der äußerste Ausdruck der Einheit der Arbeiterklasse in der Welt.

Die Angehörigen der kommunistischen Partei wurden von der Friedeburger Arbeiterfront eingeladen. Die Angehörigen der kommunistischen Partei wurden von der Friedeburger Arbeiterfront eingeladen. Die Angehörigen der kommunistischen Partei wurden von der Friedeburger Arbeiterfront eingeladen.

Unter den Klängen der „Internationalen“ leerte sich der von mindestens 800 Arbeitern besetzte Friedhof. Unter den Klängen der „Internationalen“ leerte sich der von mindestens 800 Arbeitern besetzte Friedhof. Unter den Klängen der „Internationalen“ leerte sich der von mindestens 800 Arbeitern besetzte Friedhof.

Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr: Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr: Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr.

Redebücherei: Theater- und Unterhaltungsabend. Am Sonntag, den 17. April, abends 8 Uhr, veranstaltet die Arbeiter-Gemeinschaft ein großes Theater- und Unterhaltungsabend.

Drama: Die proletarische Leibesübungsvereinigung am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Saale des Gasthofes. Die proletarische Leibesübungsvereinigung am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Saale des Gasthofes.

Der Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage.

Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage: Die Siedlungs- und Wohnungsfrage.

„... Und kehre reifiger wieder!“

Rote Massenungebungen im Kreise Gärtsberg — Zur Märzfeier-Ehrung und für rote Einheitsfront

Der rote Tag, den am 2. Osterfesttage unsere eifrige Ortsgruppe in der Gärtsberg-Region, im Unterbezirk Westpreußen-Kamberg veranstaltete, nahm bei gutem Wetter den besten Verlauf. Früh um 10 Uhr versammelten sich die Teilnehmer an der Gärtsberg-Region, im Unterbezirk Westpreußen-Kamberg.

Auf dem Friedhof von Wandra: Auf dem Friedhof von Wandra: Auf dem Friedhof von Wandra: Auf dem Friedhof von Wandra: Auf dem Friedhof von Wandra.

Am diesen Friedhof marschierte die rote Front auf. Am diesen Friedhof marschierte die rote Front auf. Am diesen Friedhof marschierte die rote Front auf.

Es sprachen die Genossen Kommissar für die Märzfeier, Genossen Kommissar für die Märzfeier, Genossen Kommissar für die Märzfeier, Genossen Kommissar für die Märzfeier, Genossen Kommissar für die Märzfeier.

Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr: Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr: Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr.

Der rote März im Kreise Gärtsberg: Der rote März im Kreise Gärtsberg: Der rote März im Kreise Gärtsberg: Der rote März im Kreise Gärtsberg: Der rote März im Kreise Gärtsberg.

markierte, stand die Bevölkerung in großer Zahl an der Straße, launend über das rote Massengedöns. markierte, stand die Bevölkerung in großer Zahl an der Straße, launend über das rote Massengedöns.

Massenungebung auf dem Markt in Kölsch

Sofort wurde auf dem Marktplatz aufmarschiert. Sofort wurde auf dem Marktplatz aufmarschiert. Sofort wurde auf dem Marktplatz aufmarschiert.

Genosse Kommissar: Genosse Kommissar: Genosse Kommissar: Genosse Kommissar: Genosse Kommissar.

Demonstrationszug durch die Stadt

Nach einem begeisterten Aufmarsch zog auf die rote Einheitsfront auf Westfalen und dem Gelang der „Internationalen“.

Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr: Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr: Die Arbeiter-Gemeinschaften, Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr.

Aus der Jugendbewegung

Die Jugendbewegung: Die Jugendbewegung: Die Jugendbewegung: Die Jugendbewegung: Die Jugendbewegung.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport: Arbeiter-Sport: Arbeiter-Sport: Arbeiter-Sport: Arbeiter-Sport.

Aus unserer Rechtsanwaltschaft

Aus unserer Rechtsanwaltschaft: Aus unserer Rechtsanwaltschaft: Aus unserer Rechtsanwaltschaft: Aus unserer Rechtsanwaltschaft: Aus unserer Rechtsanwaltschaft.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Herausgeber: Fritz Sans monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Arbeitervereinsverlag für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Postfach 14.

Verlagspreis: 15 Halbescheide. In d. Reichweite: 14. Tel. 1045, 1047, 2351, Telegr.-Adr.: Reichsanstalt Halle. Postkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfach: Leipzig 1068 48 Post Str., Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 7. April 1926

6. Jahrgang * Nr. 81

SPD.-Führung lehnt gemeinsame Maidemonstration ab

Arbeiter der SPD. und KPD., nun erst recht gemeinsame Demonstrationen unter roten Fahnen!

Gestern haben in Halle, im Gewerkschaftshaus, auf Grund des Beschlusses der SPD. an SPD. und Gewerkschaftsvertreter Verhandlungen über einen gemeinsamen Aufmarsch zum 1. Mai stattgefunden. Kartellvorsitzender Sorgenfrei leitete die Sitzung und teilte mit, daß in letzter Stunde die SPD. abgelehnt habe, eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten und überhaupt zu den Verhandlungen zu erscheinen. Arbeitsekretär Gerlach andt, zugleich 2. Vorsitzender der SPD., erklärte nach den Ausführungen der SPD.-Vertreter, daß er über die Haltung der SPD. nichts sagen könne. Die KPD.-Vertreter verweisen auf die für Donnerstag angelegte Kartell-Führung, die über die Gestaltung der Maidemonstration beschließen und sich um einen geistlichen Aufmarsch der halleschen Arbeitererschaft bemühen werde.

Genau so wie bei der Frage des Volksbrotens verließen die SPD.-Angehörigen, die zum Kampf gegen die Reaktion notwendige Einheitsfront der Arbeiterklasse zu verhindern. Auch die Vertreter im halleschen Gewerkschaftsrat, die zugleich dem Vorstand der SPD. Halle angehören, arbeiten nur im Auftrag ihrer Parteiführer. Die Wollen der Sabotage sind dabei perfekt.

Es liegt ganz in der Linie dieser Rollenverteilung, wenn das „Volksblatt“ von gestern, nur um die am selben Tage stattfindende Sitzung und Beratung über die gemeinsame Maidemonstration zu unterrichten, seine letzten bekannten Kommunistenhefte auf mehreren Seiten aufweist. Alles mögliche muß dazu herhalten, um gegen die sich anbahnende Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter loszusagen. Lenin, Dornik, Sinowjew und andere werden nicht einmal als Kronzeugen angeführt. Natürlich fehlt nicht, die Völk, die Schaulust und das Verdrängen der Wahrheit des bolschewistischen Kirchenpaters Lenin“. Am ausgiebigsten aber wird — Juan Rag zitiert, der sich überhaupt zu der Lieblingsfigur der SPD. entwickelt hat.

Es sind vorwiegend zwei Argumente, die das „Volksblatt“ glaubt anwenden zu müssen, um die Verhandlungen über gemeinsame Demonstrationen zu führen. Erstens heißt es die Dinge so dar, als wenn die SPD. ja doch schon längst im Sterben liegt, so daß es kaum noch lohnt, mit diesen Spätkindern zu demonstrieren; zweitens wird, ohne auch nur den Schatten eines Beweises anzuführen, von Neuem über ein angebliches Bündnis der Kommunisten mit den Deutschen Nationalen hergezogen. Schon an dem Ausmaß der Dummheit und Borniertheit dieser „Argumente“ erweist man ganz deutlich, daß es den „Volksblatt“-Redakteuren nur darauf ankommt, mit allen irgendwie erreichbaren Mitteln die von ihnen so gefürchtete gemeinsame Demonstration zu verhindern. Glücklicherweise ist aber das Schicksal der gemeinsamen Ma-

demonstrationen denn doch nicht abhängig vom „Volksblatt“, und auch nicht abhängig allein von den sozialdemokratischen Vertretern im Gewerkschaftsrat Halle. Wie in der Frage des Volksbrotens die sozialdemokratischen Arbeiter auf die Instanzen einen solchen Druck ausgeübt haben, daß diese sich schließlich gezwungen sahen, bereit zu erklären, wenn der Volksentscheid mitzumachen, so haben auch jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht das letzte Wort gesprochen. Das „Volksblatt“ irrt sich, wenn es glaubt durch allerhand Wänschen das Betreiben der Arbeiter nach gemeinsamen Demonstrationen am 1. Mai erstören zu können.

Die am morgigen Donnerstag stattfindende Sitzung des neu gewählten Ortsrats in Halle wird zeigen, daß schon in dieser Körperlichkeit ganz anders der Wille der Arbeitererschaft zu gemeinsamen Demonstrationen zum Ausdruck kommt, besonders wenn die organisierten Kollegen in allen Verbänden, in allen Betrieben sofort zu dem geforderten Aufmarsch der Arbeitererschaft am 1. Mai Stellung nehmen und die Befolgung ihrer Wünsche zum Ziel setzen verlangen.

Das wichtigste aber ist, daß darüber hinaus in den breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter der Einheitswille sich Bahn bricht. Je mehr die Spitzen oben sabotieren, desto mehr werden die kommunistischen Arbeiter in festerer Form ihre sozialdemokratischen Klassenkennzeichen über den Sinn und den Zweck dieser Sabotagen aufklären und sie für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen suchen. Je mehr die sozialdemokratischen Parteiführer es unternehmen, Dämme zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu errichten, desto eifriger werden die Kommunisten die einheitliche Front organisieren, in dem Bewußtsein, daß sie im Interesse des gesamten Proletariats handeln.

Wenn die Klasseninteressen des Proletariats am Herzen liegen, wer wirklich ehrlich befreit ist, endlich eine kampfbereite Einheitsfront des gesamten Proletariats zu schaffen, diesjährigen 1. Mai Bezirk Massenemonstration unter roten Fahnen



Die 23 Rechten bleiben in der SPD.

Aber der Herauswurf sozialdemokratischer Aufstände-Delegierter geht weiter

Am vorigen Donnerstag veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Erklärung, daß die 23 Rechten in Sachsen nicht nach dem Paragraphen 28 des sozialdemokratischen Parteistatuts aus der Partei ausgeschlossen werden könnten. Einen Tag später, am Freitag, las man im „Vorwärts“ folgende Meldung:

Ausschluß aus der Partei. Das bisherige Mitglied Hermann Wache in Weitzin wurde auf Grund des § 28 Abs. 3 mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Wache hatte an der Aufstän-Delegation teilgenommen und später in den von der SPD. inszenierten Reklamationsbericht über seine Rolle erklärt. Trotzdem er in einer öffentlichen Erklärung im „Vorwärts“ sich verpflichtete, jede öffentliche Berichterstattung einzustellen, da er erkannt habe, daß die SPD. die Delegation und damit auch die Berichterstattung für ihre Zwecke ausnütze, hat er diese seine Verpflichtung nicht erfüllt.

Wenn ein einfacher sozialdemokratischer Arbeiter die Wahrheit über Sowjet-Rußland berichtet, wickelt er gegen die Sozialdemokratische Partei und wird mit sofortiger Wirkung vom Parteivorstand ausgeschlossen. Wenn aber 23 Aufstände-Delegierte und Minister jahrelang die Interessen des Proletariats mit Füßen treten, der Reaktion offen Zutritt verweigern

Der imperialistische Angriff auf China

Von Karl Kadel

In den Kampf der Volksarmeen gegen Tschangschin haben sich von neuem imperialistische Kräfte eingemischt. Während der Sieg Tschangschins über Kuowanglin in der Mandchurie das Ergebnis der Hilfe war, die Tschangschin durch die japanische Einmischung erwiehen worden war, haben sich jetzt bei dem weiteren Kampfe, der sich zwischen den Heeren Tschangschins und den Volksarmeen bei Tientsin abspielt, alle imperialistischen Mächte eingemischt. Tschangschin bemüht sich, eine Landung im Süden der See von Fongschang beim Hafen Taka vorzunehmen. Es versteht sich von selbst, daß die Volksarmeen dies verhindern wollen, indem sie auf die Transporte mit Soldaten Tschangschins das Feuer eröffnen. Es versteht sich von selbst, daß sie zugleich genötigt sind, danach zu trachten, allen Schiffen die Einfahrt nach Tientsin zu verwehren; denn man kann in einer Zeit des Kampfes nicht entscheiden, auf welchem Schiffe sich Soldaten von Tschangschin befinden.

Die imperialistischen Mächte haben dagegen protestiert, indem sie sich auf das Borerprotokoll des Jahres 1900 beziehen, das China verpflichtet, ihnen freie Einfahrt nach Tientsin zu gewähren und ihnen die Verbindung mit Peking zu sichern. Die Note der imperialistischen Staaten mit Drohungen einer bemächtigten Intervention, falls Fongschang nicht auf Schutzmaßnahmen Verzicht leistet, ist eine unmittelbare Unterfütterung Tschangschins; denn es ist klar, daß die Volksarmeen, die auch gegen die Truppen Tschangschins, die von Norden her angreifen, und gegen die Truppen des Agenten Tschangschins, des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Schantung, die von Süden her angreifen, Kampf führen, beim Einrücken von Streitkräften Tschangschins im Süden in eine katastrophale Lage geraten würden.

Die Note der Verbündeten bezeichnet einen diplomatischen Sieg des britischen Imperialismus. Zu keinem Zeitpunkt in der „Verfälschung des Bündnisses in China“ bezogen der britische Imperialismus zwei Hauptbündnisse. Das erste ist die Tatsache, daß dem britischen Imperialismus der Einfluß sehr schwer wird, sich mit eigenen Kräften im Kampfe in China zu binden. Das zweite besteht in der Furcht vor diplomatischer Isolierung. Das erste Hindernis versucht der britische Imperialismus dadurch zu überwinden, daß er die gegenrevolutionären Kräfte von China selbst unterfüttert. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß Tschangschin wie Wupesiu jetzt die Unterstützung Großbritanniens genießen, es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß zwischen ihnen, die Großbritanniern und Japan eine Vereinbarung abgeschlossen ist, die Tschangschin die Unabhängigkeit Chinas zu verhindern, wobei Nord- und Mittelchina unter der Leitung Wupesius vereinigt werden würde. Dies würde das Einverständnis Großbritanniens zur tatsächlichen Selbstregierung der Mandchurie durch Japan bedeuten, gebet durch die Herrschaft Tschangschins, während in Nord- und Mittelchina Wupesiu sowohl die Interessen Großbritanniens als auch Japans zu wahren hätte.

Was die Unmöglichkeit isolierter Handlungen Großbritanniens betrifft, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten hervorgetreten. Großbritanniern hätte den Boden fordert, um andere Mächte Handlungen zustimmen würden, die einen bemächtigten Forderung gegen die Regierung von Kanton zum Ziele haben. Da aber diese Handlungen vor allem eine langandauernde Blockade Kantons erheischen, was der Schifffahrt und dem Handel Japans und der Vereinigten Staaten beträchtlichen Schaden zuzufügen hätte, so zeigen weder Japan noch die Vereinigten Staaten einen starken Wunsch, Großbritanniern zu unterstützen.

Die letzte Note trägt aber auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Agentur „Associated Press“ teilt mit, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich geneigt sind, sich einzumengen, wenn es die Lage erheische, auch mit bewaffneter Gewalt. Eine derartige Einmischung der Vereinigten Staaten würde eine Ausdehnung der amerikanischen Politik auf die britische, und letzten Endes auch auf die japanische bedeuten. Der als amerikanischer Sachverständiger in Angelegenheiten des Fernen Ostens bekannte Reaktor der „China Weekly Review“ und Chinalcorrespondent der „New Yorker Times“ schreibt die sich bemerkbar machende Annäherung der Vereinigten Staaten an die imperialistische Intervention dem Einfluß der britischen amerikanischen Industrie- und Handelskreise zu, die, durch die Ereignisse von Schanghai erschreckt, die ganze Zeit auf Washington um Tschangschin kreisen, die stärksten Maßnahmen gegen die revolutionären Kräfte Chinas gefordert haben. Dieser ausgesprochene Kenner der Verhältnisse Chinas warnt die amerikanische Regierung vor einem solchen Vorgehen, da eine derartige Einmischung einen Ausbruch des Hasses gegen die „Ausländer“, in der Tat gegen die Vertreter der imperialistischen Mächte, hervorrufen würde.

Wir sind überzeugt davon, daß der amerikanische Sachverständige im Rechte ist. Großbritanniern hat dabei nichts zu verlieren. Es erscheint den Volksmassen Chinas als ein Feind. Aber die Vereinigten Staaten haben gerade dank dem Umstände, daß sie eine ausgeprochen imperialistische Politik vermeiden, beträchtliche Sympathien gewonnen. Die Vereinigten Staaten von Amerika leben ihren moralischen Einfluß in China um des Interesses einiger ihrer moralischen Kräfte der Revolution erleichter Kaufleute weiter aus. Dadurch, daß die Vereinigten Staaten dies tun, spielen sie dem japanischen Imperialismus in die Hand. Es ist zu erwarten, daß die amerikanischen Kreise, die unter der Führung des Senators Borah zur Zeit der Ereignisse von Schanghai auf das tatsächliche